

BANKEN

Prämien und Prinzipien



Pfeifkonzert am frühen Morgen. Demo der Bankangestellten vor dem Arbeitsministerium.

(Foto: Raymond Klein)

Gewerkschaften und Bankenvereinigung streiten darüber, wie hoch die Gewinne sind und welche Lohnerhöhungen tragbar wären. Das Problem Personalabbau wird dabei wenig thematisiert.

Erinnern Sie sich noch an die Werbekampagne Anfang 2001, mit den orangefarbenen Punkten an Bushaltestellen und in Zeitungsanzeigen? Ein gelungenes Teasing: Man rätselte, ob es bei der Werbung um einen neuen Mobilfunkanbieter, eine politische Partei oder eine linkskatholische Monatszeitschrift handele. Die Antwort war etwas enttäuschend: Die IMI Bank lancierte damals mit dieser Kampagne ihr E-Banking-Geschäft. Mitte 2004 fusionierte die IMI mit der San Paolo Bank. Am 1. September schloss die IMI Bank, seit 30 Jahren in Luxemburg ansässig, offiziell ihre Türen. Die orangefarbenen Punkte sind längst verschwunden. Verschwunden ist auch die Hälfte der 43 Arbeitsplätze, die vor der Fusion bestanden.

Bankangestellte haben es nicht leicht in Zeiten von Rationalisierung, internationaler Konkurrenz und Fusionen. Auch das Label "Crédit lyonnais" wird bald nicht mehr zu sehen sein. Anfang des Jahres warb die Bank noch mit einem Dreivierteljahrhundert Präsenz in Luxemburg: "Pour fêter dignement cet anniversaire, le Crédit lyonnais Luxembourg réinvente le Private Banking". Statt einer Geburtstagsfeier gibt es nun ein Begräbnis. Was die Schließung infolge der Fusion mit dem Crédit agricole für die 150 Beschäftigten bedeutet, ist unklar.

Hauptthema beim derzeitigen Sozialkonflikt im Bankensektor sind allerdings nicht Entlassungen und Sozialpläne,

sondern Konjunkturprämie und lineare Gehaltsaufbesserungen. Hierfür waren am Mittwochmorgen über 500 Bankangestellte mit Fahnen und Trillerpfeifen vors Arbeitsministerium gezogen, wo die Verhandlungen stattfinden. Den DemonstrantInnen ging es vor allem darum, ihren Teil vom Kuchen einzufordern.

Einheit der Gewerkschaften

Die Fronten sind klar: Die Gewerkschaften verweisen auf die erheblichen Gewinne einiger großer Banken, die Bankenvereinigung ABBL dagegen spricht von einer stagnierenden Geschäftslage. Am Mittwoch legte der Vermittler Henri Theisen einen Kompromissvorschlag vor: Integrale Auszahlung der Konjunkturprämie, dafür aber geringere strukturelle Lohnerhöhungen als von den Gewerkschaften gefordert.

In einem Jahr Verhandlungen haben sich beide Seiten aufeinander zu bewegt. Anfangs feilschte die Bankengewerkschaft Aleba im Alleingang mit den Arbeitgebern um die Konjunkturprämie. Dann fanden sich die Gewerkschaften zu einer Einheitsfront zusammen. Einerseits weigerte sich die ABBL in den Verhandlungen mit der Aleba, 100 Prozent der Prämie zu bezahlen. Andererseits gelang es den sektorübergreifenden Gewerkschaften OGBL und LCGB, mit weitergehenden Forderungen viele Bankangestellten zu mobilisieren.

risch: "Wir haben uns mehr erwartet als das, was der Vermittler jetzt vorgelegt hat. Mein Hauptproblem ist aber die Unverfrorenheit, mit der einerseits üppige Dividenden ausbezahlt werden, andererseits aber versucht wird, die Personalkosten zu drücken." Anfang September hatten die Gewerkschaften in einem gemeinsamen Communiqué vorgerechnet, wie gut es den Banken gehe: Verdreifachung der Gewinne von BGL-Fortis im ersten Semester 2004, 29 Prozent Steigerung für die Dexia-BIL, optimistische Prognosen für 2005 und - erstmalig seit 2001 - ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen. Damit begründeten Aleba, OGBL und LCGB ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen. Zusätzlich zur Konjunkturprämie sollen alle Gehälter um etwa 90 Euro steigen und die Endgehälter angehoben werden.

Konfrontationskurs

Jean-Jacques Rommes, stellvertretender Direktor der ABBL, kritisiert: "Die Gewerkschaften wollen immer mehr: für die Leistung und das Dienstalter, bei jeder Indexanpassung und jedem Konjunkturaufschwung. Und dann wollen sie auch noch lineare Aufbesserungen." Das Bitterste am Vorschlag des Vermittlers sei deshalb nicht die Prämie, sondern das Geld, das mit der Gießkanne verteilt werde. "Das hat einen nachhaltigen Effekt auf die Lohnmasse", so Jean-Jacques Rommes. Dass die Banken hohe Gewinne einfahren, will er nicht gelten lassen: "Die Gewerkschaften nennen zwei Banken, es gibt deren aber über 150. Die Ergebnisse im Bankensektor insgesamt stagnieren."

Dem halten die Gewerkschaften entgegen, dass der Kollektivvertrag vor allem die Angestellten der größeren Bankhäuser betrifft, da, wo das Geschäft mittlerweile wieder floriert. In den kleineren internationalen Banken ist der Anteil an "Kadern" höher - das sind Angestellte, die nicht unter die Bestimmungen des Kol-

lektivvertrags fallen. Außerdem werben diese Banken häufig Personal bei den großen Häusern ab - mit Löhnen, die über den Tariflöhnen liegen. Zumindest theoretisch profitieren diese Angestellte nicht von linearen Aufbesserungen.

Man könne das nicht trennen, so die Ansicht von Jean-Jacques Rommes. "Direkt wirkt sich der Kollektivvertrag vor allem auf die Nicht-Kader bei den großen Banken aus. Doch wenn diese Löhne steigen, müssen alle mitziehen." Das habe natürlich auch Folgen für den Arbeitsmarkt: Wenn der Preis pro Arbeitskraft steige, gehe die Bereitschaft einzustellen, zurück.

Kleine und große Banken

Die Maßnahmen, die die Gewerkschaften fordern, um Arbeitsplätze zu sichern, seien eher unproblematisch, versichert der stellvertretende Direktor der ABBL. Die gewerkschaftliche Forderung, binnen sechs Monaten ein Abkommen über Fortbildung und Arbeitszeitorganisation zu schließen, wurde vom Vermittler übernommen. "Das war bisher in den Verhandlungen kein Knackpunkt", sagt Jean-Jacques Rommes. Skeptischer ist er allerdings, was die Forderung angeht, frühzeitig zu verhandeln, wenn Entlassungen drohen. "Solche Situationen treffen die Geschäftsführung nicht minder plötzlich als die Gewerkschafter." Im Vorschlag des Vermittlers ist diese Forderung nicht enthalten - unklar ist, wie wichtig sie den einzelnen Gewerkschaften ist.

OGBL-Banken-Präsident Armand Drews nennt Beispiele, welche beschäftigungsfördernde Maßnahmen bei seinem Arbeitgeber durchgesetzt werden konnten. Eingestellt wurden gezielt Frauen, die zurück ins Berufsleben wollten. Und, eine bescheidene, aber symbolische Initiative: Als 15 Stellen für zwei Jahre zu besetzen waren, hat man nicht auf eine Interim-Firma zurückgegriffen, sondern gezielt Arbeitslose über 50 rekrutiert.

Viel ist das in der Tat nicht angesichts der Ungewissheit über die Zukunft der Beschäftigung in den Banken. Technologischer Wandel und stärkere Konkurrenz aufgrund der Quellensteuer dürften noch so manchen Arbeitsplatz kosten. Vor allem aber geht das Gespenst der Fusionen weiterhin um. Von den über 30 hierzulande ansässigen deutschen Banken dürfte nur ein Teil die nächsten Jahre überleben. Die Fachpresse spekuliert bereits, die Deutsche Bank werde die Commerzbank übernehmen. Von den 250 Angestellten dürften dabei nicht alle übernommen werden.

Raymond Klein

